



## Zahl der Übergriffe auf Justizwachebeamte verdoppelt!

**2015 gab es in den österreichischen Justizanstalten 109 zum Teil heftige Attacken gegen Justizwachebeamte.**

**W**ie aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage hervorgeht, gab es 2015 in den österreichischen Justizanstalten 109 zum Teil heftige Attacken gegen Justizwachebeamte.

Dabei wurden 47 Beamte von Häftlingen verletzt, 34 davon mussten in Krankenstand gehen. Das ist ein rasanter Anstieg von Übergriffen gegenüber den Vorjahren auf mehr als das Doppelte (2014 wurden 47 Übergriffe gezählt). Die Nationalität der Insassen hat mit den gehäuften Angriffen wenig zu tun. Bei den Insassen sind nach wie vor die Österreicher (45) die bei Weitem größte Gruppe jener Insassen, die im Jahr 2015 Justizwachebeamte angegriffen haben. Gefolgt von acht Türken, sechs Algeriern, fünf Serben, vier nigerianischen, drei deutschen und anderen Staatsbürgern. **Wien-Josefstadt** Der Hotspot an Übergriffen in Gefängnissen ist

die überbelegte Justizanstalt Wien-Josefstadt mit 33 Attacken, gefolgt von Linz (23), Göllersdorf und Graz-Jakomini (jeweils acht) sowie Krems-Stein (elf). Die schwerste Attacke betraf einen Justizwachebeamten, dem ein Häftling einen Glassplitter in den Bauch gerammt hat. Der Beamte hatte sich vor eine

*Das Justizministerium sieht die Ursache des Anstiegs an Übergriffen auch im Höchststand an Insassen (9000) im Vorjahr.*

junge Psychiaterin gestellt, die ein Häftling als Geisel nehmen wollte. Die 109 Übergriffe in den Gefängnissen im Jahr 2015 wurden allesamt an die Staatsanwaltschaften gemeldet. In neun Fällen

machten Justizwachebeamte Ersatzansprüche gegenüber Insassen geltend, die im Zivilrechtsweg auch zugesprochen wurden. Allerdings war in den wenigsten Fällen bei den Häftlingen etwas zu holen. 3300 Euro konnten eingebracht werden, 24.000 Euro waren uneinbringlich.

### Ursachen

Das Justizministerium sieht die Ursache des Anstiegs an Übergriffen auch im Höchststand an Insassen (9000) im Vorjahr. Der Stand sei inzwischen auf 8700 gesunken, sagt Ressortsprecherin Britta Tichy-Martin. Man investiere in die Betreuung und Beschäftigung der Insassen, um Spannungen abzubauen, aber auch in Sicherheitsausrüstung für die Justizwache.

**D**ie Stellungnahme der Ressortsprecherin ist, was den Insassenstand betrifft, richtig, aber das alleine ist nicht der Grund, für die Bereitschaft zu mehr Gewalt seitens der Gefangenen.

Abgesehen davon, dass der Gefangenenstand schon seit Jahren im stetigen steigen ist und der Gesetzgeber nach wie vor nicht mit Personalzuwachs reagiert, obwohl die Justizwachebewerkschaft seit ebenso langer Zeit darum ersucht und fast bittet, sind andere Gründe ebenso auf zu zählen, die genauso schwerwiegend für diese Entwicklung verantwortlich zeigt.

Nicht alles kann durch Betreuung und Beschäftigung verhindert werden, schon gar nicht dann, wenn die meisten aufgrund ihrer Persönlichkeiten gar nicht beschäftigt werden können. Jene, die in Betrieben betreut und beschäftigt werden, sind unser geringstes Problem. Der größte Teil der Insassen sind jedoch nicht beschäftigbar, weil sie eben auf Grund ihrer Persönlichkeit nicht dafür in Frage kommen.

### Täterschutz

Der Täterschutz und die Rechte der Insassen werden von Jahr zu Jahr ausgebaut und fast schon exzessiv kontrolliert und überwacht. Darüber hinaus gibt es keine Art von Disziplinierungsmöglichkeiten, um diesen Anstieg von Gewaltexzessen Herr zu werden. Der Gefangene hat sofort die Möglichkeit einer Überprüfung durch entweder Volksanwaltschaft oder Gerichte. Wohin dagegen der Bedienstete immer sofort als Täter und Beschuldigter geführt wird. Und das wissen die Gefangenen sehr

gut, vom Rückhalt mancher Dienststellenleiter den Bediensteten gegenüber, wissen viele Kolleginnen und Kollegen nur zu träumen. Wobei man fairerweise anmerken muss, dass auch unsere Vorgesetzten von den vielen Institutionen und Kommissionen, die den Strafvollzug überwachen, sehr stark unter Druck gesetzt werden, geschweige von den vielen Beschwerden und Anzeigen durch die Rechtsbrecher, die sich eben durch diese Einrichtungen sehr gut vertreten fühlen. Ich würde mir wünschen, dass Frau Volksanwältin Brinek, die

**Nicht alles kann durch Betreuung und Beschäftigung verhindert werden.**

für den Strafvollzug zuständig ist, sich auch mal die Befindlichkeiten, Sorgen und Ängste der Justizwache ernst- und annimmt. Aber wie gesagt, nur ein Wunsch. Schon seit Monaten warte ich, trotz Anfrage bei der Volksanwaltschaft, auf einen Termin bei dieser Dame, ich habe es in der Zwischenzeit aufgegeben.

### Skandal

Der eigentliche Skandal ist, dass bei vielen Regressansprüchen der verletzte Bedienstete auf der Strecke bleibt. Auch hier gibt es keinen Schutz durch den Dienst- bzw. Gesetzgeber. Wo bei Insassen sofort Rechtsbeistand gewährt wird, ist der einzelne JWB auf sich alleine gestellt. Da interessiert es keinen, ob Existenzen gefährdet sind. Ein Armutszeugnis des Arbeitgebers. Würde die Gewerkschaft öffentlicher

Dienst nicht so massiv für seine Mitglieder eintreten und Rechtsschutz gewährleisten, wären schon viele Existenzen vernichtet worden. Mit Neid sehe ich manchmal zum BM.I, dort werden die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen der Polizei ernst genommen, dort wird die exekutive Tätigkeit geschätzt und gewürdigt. In unserem System wird nur diskutiert, wie man es dem Rechtsbrecher noch gemüthlicher machen könnte. Kein Ansatz mehr auf Erziehung oder das Aufzeigen ihrer Untat, keine Bemühungen mehr, sie auf ein rechtschaffendes Leben nach dem Vollzug vorzubereiten, so wie es das Strafvollzugsgesetz (STVG) vorschreibt.

### Disziplinaranzeigen

Im Übrigen muss gesagt werden, dass der massive Zukauf an Betreuungs- und Therapiepersonal über die Justizbetreuungsagentur teurer ist als Exekutivbedienstete. Aber scheinbar müssen da gewisse Berufsgruppen beschäftigt werden. Die meisten Justizanstalten sind nämlich in der Nacht und am Wochenende ohne diese Fachkräfte besetzt und der Exekutivbedienstete ist auf sich alleine gestellt. Am Montag, bei den Leitungsbesprechungen der sogenannten Leitungsteams, werden dann die Fehler der Justizwache diskutiert und „fachmännisch“ Belehrungen ausgesprochen. Es gab noch NIE so viele Disziplinaranzeigen gegen unsere Berufsgruppe wie in den letzten zwei Jahren. Mein Vertrauen in die unabhängigen Disziplinarsenate ist aber ungeboren, weil die meisten Verfahren entweder erst gar nicht eröffnet werden oder mit einem Freispruch endeten.



Albin Simma  
KdEO-Vorsitzender  
Justizwache

**Es gab noch NIE so viele Disziplinaranzeigen gegen unsere Berufsgruppe wie in den letzten zwei Jahren.**

[www.dieexekutive.at](http://www.dieexekutive.at)

